

Antworten Piraten

Wahlprüfsteine der BUND-Kreisgruppe Kiel zur Kommunalwahl am 6. Mai 2018

In Zukunft werden weiche Standortfaktoren wie Kultur, Bildung, Freizeitangebote, aber auch Klima- und Umweltaspekte Expert*innen zufolge aufgrund der zunehmenden Digitalisierung eine immer wichtigere Rolle bei der Wahl des Wohnortes spielen.

(1) Welches sind die drei wichtigsten Punkte, mit denen die Piraten die Lebensqualität in Kiel steigern will?

1. Saubere Luft: Wir finden, dass das Thema Luftqualität vordringlich ist. In Kiel sind für die schlechte Luft ganz wesentlich Autos mit Verbrennungsmotor sowie Schiffe verantwortlich. Lokal betrachtet aber auch einzelne Betriebe. An all diesen Punkten wollen und müssen wir ansetzen und schnell für Verbesserungen sorgen.

2. Verkehrswende: Mit Blick auf die vielen Pkw sind giftige Abgase aber nicht die einzige Herausforderung. Immer mehr Autos drängen sich in den Straßen wodurch wir alle immer mehr Zeit in Staus verlieren. Die Polizei beklagt zudem, dass die Aggressivität im Verkehr in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Ein weiteres Anzeichen für Stress durch drängeligen Verkehr. Letztendlich stehen Autos auch die meiste Zeit über ungenutzt herum und beanspruchen Platz. Raum also, der in Städten ohnehin eine knappe und teure Ressource ist und für andere Aktivitäten wie Wohnen, Sport, Erholung, Freizeit und Natur dann nicht mehr zur Verfügung steht. Wir ziehen daraus den Schluss, dass die grundlegende Neuorganisation des Verkehrswesens ein Schlüssel ist zu mehr Lebensqualität bei:

- a) Gesundheit (saubere Luft)
- b) Schnellerer und bequemerer Fortbewegung für alle
- c) Weniger Lärm
- d) Bezahlbarem Wohnraum
- e) Mehr Raum für Freizeit, Sport, Erholung und Natur

3. Klimaschutz und Nachhaltigkeit: Zu guter Letzt muss ein neues Verkehrssystem auch entschieden zum Klimaschutz beitragen.

Das Thema Luftqualität in Kiel hat in den letzten Monaten die Nachrichten beherrscht. Eng verbunden mit der in Kiel v. a. verkehrsbedingten Stickoxid- und Feinstaubbelastung ist auch Lärm. Zusätzlich erleben viele Kieler*innen eine deutliche Verkehrsverschlechterung mit verlängerten Standzeiten.

(2a) Bitte nennen Sie, aufgegliedert nach kurzfristig und langfristig, jeweils 3 vorrangige Maßnahmen eines Mobilitätskonzeptes der Piraten für Kiel.

Kurzfristig wollen wir:

- Die Busflotte kontinuierlich ausbauen. Allerdings keine Diesel, sondern Busse mit Brennstoffzelle und/oder E-Busse mit Batterie.
- Ferner wollen wir die bestehende Busflotte auf sauberere Verbrennung (Harnstoff) nachrüsten
- Den Radverkehr wollen wir deutlich fördern, indem wir alte Radwege besser ausbauen und logischer führen, neue Radwege anlegen, mehr überdachte Abstellplätze schaffen und im gesamten Stadtgebiet Fahrradhäuschen (Mietstellplätze) errichten.

Mittelfristig wollen wir:

- Die Taktung der Busse deutlich erhöhen
- Neue Buslinien (Ringverbindungen) einführen
- Den umlagefinanzierten ÖPNV. Das bedeutet: Einen fahrscheinfreien Nahverkehr als „Semesterticket“ für alle Bürger einrichten

Langfristig wollen wir eine Verkehrswende organisieren, die das Thema Verkehr ohne Vorbehalte von grundauf „neu denkt“. Dazu haben wir vier Ziele definiert, denen ein zukünftiges Verkehrssystem gerecht werden muss. Demnach soll der Verkehr im Mittel für alle heutigen Verkehrsteilnehmer schneller, sicherer, sauberer und bequemer werden. Wir fordern dazu einen Verkehrswendepplan für Kiel bis 2022, in dem alle für die „Mobilität der Zukunft“ erforderlichen Maßnahmen detailliert beschrieben werden.

(2b) Wie stehen die Piraten zu einer Stadtbahn/Tram?

Wir stehen einer Stadtbahn generell positiv gegenüber, da Kiels Lage um die Förde herum sehr lange Wege mit sich bringt und es bislang kein Verkehrsmittel gibt, das die großen Entfernungen schnell überwindet. Allerdings haben wir uns bei der Entscheidung für eine Stadtbahn noch nicht festgelegt.

Der Hintergrund: Bis eine Stadtbahn realisiert ist, vergehen nach aktuellen Planungen mindestens 10 Jahre. In 10 Jahren sollte aus unserer Sicht aber auch die tiefgreifende, neu gedachte Verkehrswende beginnen, die wir fordern und vorantreiben werden. Wir wollen den Verkehrsplanern dabei aber nicht erklären, dass sie dazu unbedingt eine Stadtbahn mit einplanen müssen. Vielmehr wollen wir uns erklären lassen, wie ein Verkehrssystem aussehen muss, das unseren Ansprüchen schneller, sauberer, sicherer und bequemer (als bisher) entspricht. Dabei könnte herauskommen, dass alle Pkw raus müssen aus der Stadt, wir eine Stadtbahn sowie autonome Autos und Radschnellwege brauchen. Aber wie gesagt, dass sollen uns die „frei denken dürfenden“ Fachleute sagen.

(2c) Wie stellen sich die Piraten die parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet vor?

Solange Autos in der Stadt fahren wollen wir, dass die Autofahrer so schnell wie möglich zu den freien Parkplätzen finden. Dahinter steht die Absicht unnötiges Herumkurven bei der Parkplatzsuche und Parken auf Radwegen etc. zu vermeiden. Aus unserer Sicht wäre eine App ein Mittel um die Autofahrer gezielt zu den noch freien Plätzen zu führen. Langfristig sollten weniger Autos in der Stadt fahren und parken, damit wir mehr Platz für andere Aktivitäten gewinnen. Kurzum: Es sollte Parkfläche umgewidmet werden. Dies hilft auch bei der von uns angestrebten Einführung eines fahrscheinfreien Nahverkehrs.

Die Landstromversorgung von Stena und Colorline ist beschlossen.

(3) Welche Maßnahmen werden die Piraten fordern, um die Luftverschmutzung durch Kreuzfahrtschiffe zu begrenzen?

Dass die Landstromversorgung von Stena und Colorline endlich beschlossen ist, finden wir richtig und sehr gut. In einem Positionspapier haben wir zudem festgehalten, dass wir keine weiteren Liegeplätze an Kreuzfahrtschiffe vergeben wollen, solange die Schiffe noch nicht mit Landstrom versorgt werden und die Luftbelastung unvermindert hoch ist. Dieses klare

Signal werden wir in der Ratsversammlung auch vertreten. Es kann kein unbegrenztes Wachstum auf Kosten von Gesundheit und Umwelt geben. Wer Wachstum möchte, muss also umrüsten.

In Kiel werden zudem hochmoderne Wasserstoffantriebe in U-Boote eingebaut. Wir wollen daher anregen, diese Technologie auch für die zivile Schifffahrt nutzbar zu machen. Wir können uns vorstellen, dass die EU gegebenenfalls bereit wäre für ein Pilotprojekt entsprechende Fördermittel bereit zu stellen.

Leerstände prägen das Bild der Innenstadt. Der Citti-Park boomt hingegen. Ein Grund dafür ist die Vielzahl kostenloser Parkplätze. Diese bringen eine erhebliche Verkehrsbelastung der umgebenden Stadtteile mit sich. Auf Initiative des Jungen Rates hat die Ratsversammlung einstimmig den Prüfauftrag für eine „autofreie Innenstadt“ an die Verwaltung erteilt. Ziel einer autofreien Innenstadt ist es, die Aufenthaltsqualität deutlich zu steigern und so für Kund*innen wieder attraktiv zu werden.

(4a) Wie ist die Position der Piraten zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch weitgehende Autofreiheit?

Richtig ist, dass für eine Belebung der Innenstadt etwas getan werden muss. Die Initiative des Jungen Rates, der einen Prüfauftrag „autofreie Innenstadt“ bei der Ratsversammlung eingereicht hat, finden wir deshalb gut. Im Moment bestehen unsererseits allerdings mehr Fragen als Antworten. So soll laut Prüfauftrag Anliegern die Zufahrt auch künftig nicht verwehrt werden. Busse, Taxen und der Lieferverkehr sollen wohl auch nicht ausgeschlossen werden. Vor diesem Hintergrund ist es im Moment zu früh, um das Vorhaben qualifiziert zu bewerten. Denn so richtig nach „Verkehrsberuhigt“ und Platz für „Gastronomie unter Bäumen“ klingt das im Moment noch nicht.

Bei Grundsatzentscheidungen mit sehr weitreichenden Auswirkungen sollen nach unserer Überzeugung zudem die Bürger durch Bürgerentscheid mit abstimmen. Große Entscheidungen gehören für uns PIRATEN auf breiter Grundlage getroffen. In die Diskussion um eine autofreie Innenstadt müssten die Geschäftsinhaber einbezogen und Ausweichparkplätze sowie ÖPNV-Angebote geschaffen werden, damit die Innenstadt nicht ausblutet.

(4b) Wie stark müsste ein Bürgervotum dazu ausfallen, das Ihre Partei überzeugt?

Angesichts der Tatsache, dass 50 Prozent aller Berufstätigen mit dem eigenen Pkw zur Arbeit fahren ist viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Geht es nur um die Innenstadt, so wäre eine einfache Mehrheit für uns allerdings in Ordnung.

Kiel gehört seit dem letzten Jahr zu den wenigen Kommunen in Deutschland, die mit einem Masterplan 100% Klimaschutz verbindliche Klimaschutzziele bis 2050 und damit einhergehend Einsparungen im Energiebereich beschlossen haben. Viele Bauvorhaben wie z.B. neue Stadtteile oder der Anschluss der A21 sind hinsichtlich der Klimaziele allerdings problematisch, weil sie eine Zunahme des motorisierten Straßenverkehrs bedingen.

(5a) Wie wollen die Piraten sicherstellen, dass zukünftige Ratsbeschlüsse nicht den Vorgaben des Masterplans zuwider laufen?

Erreichen wollen wir dies durch konsequente Überprüfung anstehender Beschlüsse hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Klimapolitik der Stadt. Der Anschluss an die A21 ist vor diesem Hintergrund als sehr kritisch anzusehen. Beim Bau neuer Stadtteile ist eine Abwägung zu treffen. Einerseits ist der Verbrauch von Beton mit großen Klimaemissionen verbunden, andererseits sind moderne Wohnbauten sehr viel besser gedämmt als Altbauten und benötigen somit sehr viel weniger Wärmeenergie.

Wir werden in jedem Fall prüfen, in wie weit neue, derzeit teilweise noch in der Entwicklung befindliche, neue Betonsorten eingesetzt werden können, die kein oder deutlich weniger CO₂ emittieren. Außerdem werden wir darauf achten, dass neu errichtete Häuser möglichst nach Passivhausstandards errichtet werden, ihren Energiebedarf also weitgehend selbst decken können (Solarenergie, Biogas aus den Bioabfällen der Haushalte sowie Erdwärme).

(5b) Welche Maßnahmen (neben dem Bau des Küstenkraftwerks) sehen die Piraten als prioritär an, um die gesteckten Ziele zu erreichen?

Um die Klimaziele zu erreichen sind Anstrengungen in fast allen Lebensbereichen notwendig. In Kiel unmittelbar umsetzbar und besonders wichtig sind die Bereiche Schifffahrt, Verkehr, Wärmedämmung und Gebäudetechnik, Abfallvermeidung, Einsatz lokal generierter, regenerativer Energie (Solar, Bioabfälle, Erdwärme) sowie Energiespeicher, um dann auch rund um die Uhr Versorgungssicherheit gewährleisten zu können. Auch Industrie, Gewerbe und Handel müssen ihre Aktivitäten weiterhin kontinuierlich auf den Klimaschutz hin optimieren.

Allerdings gibt es auch Bereiche, in denen wir im bundesweiten oder sogar im globalen Verbund stecken und lokal wenig beeinflussen können. Etwa, wenn es um den Konsum von Produkten geht.

Für im Zuge von Bauvorhaben vernichtete Naturflächen, Bäume und Knicks ist gesetzlich vorgeschrieben, dass der Ausgleich möglichst bauortnah erfolgt. Aktuell (Ratsbeschluss Oktober 2017) liegt die Satzung für das Gewerbegebiet Boelckestraße Nord in Holtenau vor, wo artenreiches Grünland überplant wird. Der Ausgleich findet fast ausschließlich in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie im Kreis Schleswig-Flensburg statt. Typischerweise werden sogar Baumersatzpflanzungen in der Praxis häufig aus dem Stadtgebiet „ausgelagert“.

(6a) Werden sich die Piraten im kommenden Rat aktiv dafür einsetzen, den Prozentsatz an „ausgelagerter Ersatzmaßnahmen“ deutlich zu begrenzen?

Wir wollen den Flächenverbrauch und die Flächenversiegelung unbedingt so weit es irgend geht reduzieren. Generell gehen in Schleswig-Holstein nach wie vor viel zu viele Grünflächen und damit Lebensräume verloren. Ausgelagerte Ersatzmaßnahmen sind hierbei als besonderes Problem anzusehen, da sie schnell dazu verleiten in der Stadt weniger sparsam mit Flächen umzugehen.

Allerdings muss man auch ganz klar sehen, dass Flächen in der Stadt insgesamt ein knappes Gut sind und es daher zahlreiche Zielkonflikte gibt. So ist bezahlbarer Wohnraum für uns Piraten ebenso ein sehr wichtiges Anliegen. Das Wohnen in der Stadt ist dabei als insgesamt ökologischer anzusehen als das Wohnen auf dem Lande, da durch die insgesamt dichtere Bebauung weniger Fläche verloren geht als bei Neubaussiedlungen am Rande der Stadt.

Was wir versprechen können ist, dass wir sehr genau darauf achten werden, dass Bebauungspläne so flächenschonend und sparsam wie möglich erstellt werden und Ausgleichsflächen möglichst Ortsnah entstehen. Die Nachverdichtung ziehen wir dem Bauen auf der grünen Wiese immer vor. Zu guter letzt wollen wir durch ein effizienters Verkehrssystem Räume, die derzeit noch von Autos belegt werden, für andere Zwecke umwidmen.

(6b) Werden sich die Piraten dafür einsetzen, dass das angekündigte Ausgleichsflächenkataster öffentlich zugänglich ist?

Ja, Transparenz ist für uns oberstes Gebote. Unsere Landtagsfraktion hat sich in der Vergangenheit dafür stark gemacht und an dieser Tradition werden wir unverändert festhalten.

Der Innere Grüngürtelring ist für weite Teile der Stadtbevölkerung bei zunehmender innerstädtischer Verdichtung durch die „Wachsende Stadt“ ein wichtiger Bereich zur Naherholung. Dieser Grüngürtel ist innerhalb der letzten Jahrzehnte immer weiter in der Fläche reduziert worden, z.B. durch das geplante Möbelzentrum auf dem Prüner Schlag, Ikea, B76.

(7a) Sind die Piraten für den Erhalt des heute noch verbliebenen Inneren Grüngürtelrings in seiner Gesamtheit?

Ja, eine vernetzte Natur sorgt dafür, dass Tier- und Pflanzenpopulationen nicht voneinander abgeschnitten und damit isoliert werden. Passiert dies, so ist ein langfristiges Überleben vielfach fragwürdig (Effekt der „genetischen Drift“). Zudem sind vernetzte Grünwege wichtig für Erholung und Gesundheit. Hier kann man mal ein paar Kilometer zusammenhängend und abseits der Abgas belasteten Verkehrswege joggen oder spazieren gehen und was gutes für Körper und Geist tun. Grüne Wege sind die Lebensadern der Stadt!

(7b) Wie stehen die Piraten für den Fall abnehmender Kleingartennutzung zu einer Umwidmung der betroffenen Flächen zu allgemein zugänglichen Grünflächen oder auch Ausgleichsflächen?

Wir halten Kleingärten für wichtig. Sie bieten Erholung, sind für viele Leute der Ersatz für teure (und ggf. klimaschädliche) Urlaubsreisen, bringen Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen und sind aufgrund ihrer vielfältigen Struktur ein Lebensraum für viele Tier und Pflanzenarten.

Sofern Kleingärten nicht mehr genutzt werden und verwildern halten wir eine Renaturierung für richtig. Etwa im Naturschutzgebiet am Langsee gibt es einige Grundstücke, die sich die Natur ohnehin schon „zurück geholt“ hat. Diese Räume sollten für die reiche Fauna an Amphibien, Vögeln und Ringelnattern unbedingt langfristig geschützt werden.

Uns ist es dabei allerdings sehr wichtig, gut und eng mit den angrenzenden Kleingärtnern zusammen zu arbeiten, denn leider werden die verwilderten Grundstücke vielfach illegal als Müllhalden missbraucht. Hier ist viel zu tun und der Schutz der Natur gelingt aus unserer Sicht dann am besten, wenn wir die Kleingärtner – die am ehesten mitbekommen was in der Nachbarschaft passiert – mit auf unserer Seite haben. Wenn wir einige von ihnen als Paten für die Natur gewinnen könnten, dann wäre das ideal.

Das Anrechnen von ehemaligen Kleingärten als Ausgleichsfläche halten wir dann für sinnvoll, wenn die Mittel dazu beitragen können die besagten Flächen von Altlasten zu befreien und ein dauerhafter Schutz garantiert wird. Wenn der Flächendruck allerdings dazu führt, dass Kleingärtner verstärkt "vertrieben" werden sollen, dann würden wir das für kontraproduktiv halten.

2017 hat die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von 30ha/Tag ab 2030 festgelegt. Kiel muss folglich seinen Flächenverbrauch trotz „Wachsender Stadt“ eindämmen, z.B. durch Begrenzung der Bauvorhaben auf bereits versiegelte Flächen oder neue Entsiegelungsmaßnahmen. Für das innerstädtische (Sozial- und Temperatur-) Klima spielen unversiegelte Flächen eine erhebliche Rolle.

(8a) Wie stehen die Piraten zu der Forderung nach einer Obergrenze für Versiegelung, z.B. auf der Basis des Wohnbauflächenatlas 1.0?

Hier gilt im wesentlichen was wir bereits zu Frage 6a gesagt haben: Flächen sind in der Stadt insgesamt ein knappes Gut und daher kommt es zwangsläufig zu Zielkonflikten. Als Politiker muss man sich aller Probleme annehmen. Bezahlbarer Wohnraum gehört für uns Piraten auch mit nach ganz oben auf die Prioritätenliste.

Da Wohnen in der Stadt aufgrund der höheren Bebauungsdichte insgesamt flächenschonender ist als das Wohnen am Rande der Stadt muss man hier stets abwägen. Einerseits will niemand in einer Betonwüste leben, andererseits sollte die Stadt nicht endlos ins Umland ausufernd. Außerdem muss sie so attraktiv sein, dass die Leute nicht auf die „grüne Wiese“ im Umland ziehen. Hier sind also Sachverstand und Umsichtigkeit bei der Planung gefragt.

Eine Obergrenze für Versiegelung ist dann richtig, wenn man damit festlegt, dass ein bestimmter Prozentsatz an Grünfläche pro Quartier nicht unterschritten werden darf, da die Stadt dann zu wenig lebenswert würde. Wo dieser Satz liegt muss gründlich abgewogen und von allen Bürgerinnen und Bürgern breit diskutiert werden. Denn die Frage die sich am Ende stellt ist: Wie wollen wir alle zusammen in unserer Stadt leben?

(8b) Durch welche Maßnahmen wollen die Piraten das ggf. erreichen?

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist die Nachverdichtung, die allerdings nicht dazu führen darf, dass die Grünflächen zu stark unter Druck geraten. Wir meinen, dass in den B-Plänen Mehrfamilienhäuser mit mehreren Geschossen gegenüber Einzelhäusern bevorzugt berücksichtigt werden müssen. Auch in den Randlagen der Stadt. Außerdem setzen wir – wie schon gesagt – auf eine Verkehrswende, die den privaten Pkw über kurz oder lang aus der Stadt verbannt. Darin liegt die große Chance heutige Verkehrs- und Parkflächen umzuwidmen und für andere Nutzungen bereitzustellen.

Das Thema Insektensterben ist in aller Munde. Immer mehr Kommunen in Deutschland (bisher über 100 Städte und Gemeinden) haben sich zu pestizidfreien Kommunen erklärt. Sie pflegen, wie auch Kiel, ihre Grünflächen komplett pestizidfrei oder zumindest ohne Glyphosat. Ergänzend wird dort auch Einfluss auf den Verkauf von Pestiziden an Privatleute für deren eigene Gärten genommen. In Kiel liegen Beschlüsse zur „Bienenfreundlichen Kommune“ und „Essbaren Stadt“ vor.

(9) Unterstützten die Piraten eine mögliche Beschlussvorlage Kiel zur „Pestizidfreien Kommune“ zu erklären?

Unbedingt! Wir sind da absolut dafür das Kiel sich diesem Projekt anschließt und werden das nach Kräften forcieren.

Zudem sollten wir uns fragen, ob es wirklich notwendig ist jeden Grashalm der zwischen Gehwegplatten wächst, zu vernichten, denn auch vereinzelte Wildkäuter am Bürgerstreigrand bieten Insekten Nahrung und Lebensraum. Sofern Wildkäuter doch unbedingt „weg müssen“ lassen sie sich auch mit heißem Wasser (auch nicht gut, aber besser) abtöten und entfernen. Dies könne man per Verordnung entsprechend regeln.

Außerdem wollen wir auch kleine Grünflächen wie Verkehrsinseln als Insektenweide nutzbar machen. Also die für die Gartenbetriebe praktisch zu pflegenden Kleinsträucher durch eine Vielzahl an Blühpflanzen ersetzen. Beim Holzrückschnitt wollen wir, dass sehr viel mehr Totholz in den Waldstücken und Parks der Stadt verbleibt als dies bisher der Fall ist. Ein Stamm der über 30 Jahre langsam verrottet ist während dieser Zeit Lebensraum für eine Vielzahl unterschiedlicher Arten und sollte daher häufiger im Ganzen liegen gelassen werden.

Wir wünschen uns zudem eine Kampagne, die die Leute dazu anregt, während der Wintermonate mehr "Insektenhotels" aufzustellen. Dies wäre auch eine tolle Aktion für Schulen und Kindergärten. Die Kinder können die Insektenhotels selbst bauen und lernen dabei noch eine ganze Menge kluger Dinge über die fundamentale Bedeutung der Insekten für das Ökosystem.

Außerdem wollen wir einen Dialog darüber starten, ob es wirklich Sinn macht, Gartenabfälle zu verbrennen und welche Alternativ wir dazu haben. Denn zum Einen belastet der Qualm die Luft der Stadt, zum Anderen werden dabei jedes Frühjahr unzählige Insekten mit verbrannt.